

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de

Tarifrunde der Länder (TV-L): Verhandlungsergebnis ablehnen Für die Durchsetzung der Forderungen stark machen

Wie erwartet, gibt es nach der dritten Verhandlungsrunde der Tarifrunde der Länder ein Ergebnis. Der neue Tarifvertrag soll eine Laufzeit von 27 Monaten (bis zum 31.1. 2028) haben. Die ersten fünf Monate sind Nullmonate. Ab 1. April 2026 soll es 2,8 Prozent geben, ab dem 1. März 2027 2,0 Prozent und im letzten Monat der Laufzeit, ab dem 1. Januar 2028 1,0 Prozent. Als Mindestbetrag soll es ab dem 1. April 2026 100 Euro geben.

Schönrechnerei durch lange Laufzeit

Wie auch sonst, werden die Prozente in der Darstellung gern zusammen gerechnet, so dass man auf eine Summe von 5,8 Prozent-Steigerung kommt. Das ist allerdings irreführend. Ausgangspunkt muss die Laufzeit sein, für die die Forderung aufgestellt wurde. Die Forderung war sieben Prozent, mindestens 300 Euro für 12 Monate (also ab dem 1. November 2025 bis 31. Oktober 2026). Im Durchschnitt gibt es für die ersten 12 Monate des Tarifvertrags sogar weniger als ein Viertel, denn mit den fünf Nullmonaten landet man bei 1,63 Prozent. Die erwartete Inflation für 2026 liegt aber bei 2,2%. Damit bleibt das Ergebnis nicht nur weit hinter den Forderungen von ver.di zurück, sondern es ergibt sich ein Reallohnverlust.

Dazu kommt, dass mit steigenden Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträgen weniger übrig bleibt. Angesichts dessen sind auch die Erhöhungsbeträge für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen von brutto 60 Euro ab 1.4.26, 1.3.27 und 30 Euro ab 1.1.28 viel zu wenig. Mit der langen Laufzeit von 27 Monaten wird zudem verhindert, dass im nächsten Jahr ein Kampf um eine weitere Erhöhung stattfinden kann. Niemand weiß, wie sich die Preise weiter entwickeln. Sicher ist nur, dass die

wirtschaftliche Lage extrem instabil ist und weitere Preisschocks durch die zunehmenden internationalen Spannungen und Handelskriege jederzeit möglich sind.

Ost-West-Angleichung

Nach mehr als 35 Jahren haben sich die Vertreter*innen der Länder endlich dazu hinreißen lassen, die Angleichung der Arbeitszeiten an den drei Unikliniken in Ostdeutschland umzusetzen – jedoch nur schrittweise bis zum 1.1.2029! Auch soll nunmehr ein Kündigungsschutz im Osten wie im Westen gelten, allerdings erst ab dem 1. Januar 2027.

TV-Stud

Einen Tarifvertrag für die studentisch Beschäftigten soll es weiterhin nicht geben, stattdessen nur eine schuldrechtliche Verpflichtung zur schrittweisen Erhöhung ihrer Mindestentgelte, jeweils knapp 1,50 Euro über dem gesetzlichen Mindestlohn.

Mit Nein stimmen und organisieren

Die ver.di-Führung stellt das Ergebnis als Erfolg dar. Wir sind der Meinung, das Ergebnis ist inakzeptabel! Diese minimalen Tabellenerhöhungen würden von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten aufgefressen, beziehungsweise laufen durch weiter steigende Kosten nicht einmal auf eine Nullrunde hinaus. In der nun anstehenden Mitgliederbefragung fordern wir deshalb Kolleg*innen auf, mit Nein zu stimmen. In Betrieben und Dienststellen sollten Mitgliederversammlungen stattfinden, um über das für und wider des Verhandlungsergebnisses zu diskutieren und gemeinsam über Annahme oder Ablehnung abzustimmen. Die Beschlüsse sollten für alle Mitglieder im TV-L transparent gemacht werden. Eine einfache Mehrheit in der Befragung sollte für die Bundestarifkommission als Grundlage gelten, das Verhandlungsergebnis abzulehnen und stattdessen eine Urabstimmung für einen Erzwingungsstreik vorzubereiten.

Kampfkraft weiter aufbauen

Mehr wäre möglich, wenn die Kampfkraft in den Betrieben und Dienststellen der Länder weiter aufgebaut und aus allen Bereichen gebündelt würde. Mit den wenigen Warnstreiks, die meist sowohl nach Bereichen als auch Gewerkschaften getrennt abliefen (GEW und ver.di haben teilweise an verschiedenen Tagen in den gleichen Betrieben aufgerufen), wurde die Kampfkraft nicht vollständig abgerufen. Wenn nun ein solches schlechtes Tarifiergebnis angenommen wird, verschlechtert das die Ausgangsposition für die Beschäftigten und auch die Gewerkschaften wieder. Stattdessen würde ein entschlossenes Vorgehen der Gewerkschaftsführungen sowie der systematische Aufbau von Arbeitskampfleitungen dafür sorgen, dass die Gewerkschaften gestärkt werden.

Zusammen gehen

Dabei gäbe es jetzt auch Möglichkeiten, mit Beschäftigten aus anderen Bereichen zusammen zu gehen. Nicht nur die Beschäftigten der Länder sind aktuell in der

Tarifauseinandersetzung. So befinden sich aktuell auch die Beschäftigten bei den Nahverkehrsunternehmen in der Auseinandersetzung und bald folgen die Kolleg*innen bei der Telekom. Dazu kommen einzelne lokale Arbeitskämpfe, wie bei den Tochterunternehmen der Vivantes in Berlin. Das bietet die Möglichkeit gemeinsamer Mobilisierungen. Dadurch würden die Beschäftigten ihre gemeinsame Stärke deutlich machen. Zudem könnte darauf aufbauend eine Solidaritätskampagne für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aufgebaut werden.

Umverteilung

Das Geld für die Forderungen und sogar für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen wäre vorhanden. Das Vermögen in Deutschland umfasst nach den Zahlen des 6. Armuts- und Reichtumsberichts vom letzten Jahr unfassbare 20 Billionen Euro. Nur ist das Geld vollkommen ungleich verteilt. Der ärmeren Hälfte in Deutschland gehören lediglich drei Prozent des Vermögens; dem reichsten Zehntel hingegen 54 Prozent. Daher muss unbedingt die Forderung nach einer drastischen Besteuerung von Superreichen und Unternehmen formuliert werden.

Aufrüstung

Und während für die Forderungen kein Geld da sein soll, verdreifacht sich der Verteidigungshaushalt bis 2030 auf 180 Milliarden Euro. Ver.di muss hier eine klare Ablehnung zum Aufrüstungsprogramm formulieren. Die kapitalistischen Mächte kämpfen um Zugang zu Rohstoffen, seltenen Erden, Absatzmärkten und Einflusssphären, egal, ob Putin, Trump, Macron oder Merz. Ihre Kriege sind nicht im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung – weder in Deutschland noch international. Es muss deshalb die Aufgabe der Gewerkschaften sein, Aufrüstung und Militarisierung entschieden abzulehnen, denn es sind die Lohnabhängigen aller Länder, die den Preis dafür zahlen. Die Losung der Gewerkschaften muss lauten: Keinen Cent für die Aufrüstung, stattdessen Milliarden Euros in den Ausbau von Schulen, Krankenhäusern, Kitas und den ÖPNV.

Sozialer Kahlschlag

Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD aktuell an einem Horrorkatalog gegen die abhängig Beschäftigten, um die Wunschliste der so genannten Arbeitgeberverbände wahr zu machen. Alles, was mal von der Arbeiter*innenbewegung hart erkämpft wurde, steht auf der Abschussrampe: der 8-Studenten tag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie bereiten weitere massive Einschnitte bei der Rente vor, mehr Eigenleistung im Gesundheitswesen, Angriff auf das Recht auf Teilzeit etc. Die Gewerkschaften sind die Organisationen, die jetzt den Widerstand gegen einen solchen Kahlschlag aufbauen müssen. Auch dafür wäre es nötig, bei Tarifrunden alle Möglichkeiten zu nutzen, um gemeinsame Kampfkraft herzustellen.

Für einen kämpferischen Kurs von ver.di

Wir sagen, es ist notwendig, keine faulen Kompromisse mehr hinzunehmen. Stattdessen bräuchte es jetzt Diskussionen in allen Betrieben, Ablehnung des miserablen Ergebnisses, Vorbereitung für eine Urabstimmung, darüber Diskussion und Mobilisierung für einen Erzwingungsstreik, für die volle Umsetzung der Forderungen! Die sozialpartnerschaftliche Politik der Gewerkschaftsführung muss beendet werden. Diese führt nicht zum Erfolg für die Beschäftigten, sondern im Gegenteil: die Kapitaleseite fühlt sich ermutigt, weitere harte Angriffe zu fahren, wenn nicht die nötige Gegenwehr stattfindet. Deshalb ist es höchste Zeit, sich von unten zu vernetzen – für einen Kurswechsel in den Gewerkschaften. Tretet mit uns in Kontakt.